

Protokoll:

Rm Schupp vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung sich nicht im ausreichenden Maße mit dem Antragsinhalt auseinandergesetzt habe. Die von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen ließen sich unproblematisch realisieren. Im Bereich der Karl-Mannheim-Straße würden zahlreiche Familien mit Kleinkindern leben. Durch die Verbesserung der Verkehrssicherheit würden Gefährdungssituationen für Kleinkinder vermieden. Er sieht die Verwaltung im vorliegenden Fall in der Verantwortung.

Herr Beigeordneter Prümm verweist auf die Festsetzungen der Straßenverkehrsordnung. Die Verwaltung habe alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten ergriffen, um die Verkehrssituation bzw. die Verkehrssicherheit zu verbessern. Eine Fraktion im Stadtrat habe vor geraumer Zeit den Antrag gestellt, die Zahl der Verkehrsschilder zu reduzieren, jedoch sei auch hinsichtlich der Verkehrszeichen die Straßenverkehrsordnung eindeutig.

Rm Schmidt erklärt, dass er mit Hilfe einer Messanlage des ADAC's selbst Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt habe. Im Ortsteil Güls sei bereits kommuniziert worden, dass im Bereich der Karl-Mannheim-Straße die Verkehrsteilnehmer die Geschwindigkeitsbegrenzung beachten sollten.

Rm Schupp führt aus, dass durch die Einrichtung einer Querungshilfe am Sportplatz die Verkehrssicherheit verbessert werden könne.

Rm Schmidt verweist auf eine gemeinsame Ortsbegehung mit Vertretern des Amtes 66. Gefährdungspunkte seien erkannt worden und die Verwaltung habe zugesagt, die betroffenen Stellen noch einmal zu überprüfen.

66/Herr Gerhards erläutert, dass versucht werde, innerhalb des Stadtgebietes einheitliche Standards einzurichten. Piktogramme würden sich bereits zu oft im Straßenbild finden. Diese würden von den Autofahrern auch nicht mehr im gewünschten Maße wahrgenommen. Gefahrenpunkte für Kinder im Stadtgebiet von Koblenz würden durch die Verwaltung intensiv geprüft. Die Verwaltung sei dahingehend sensibilisiert.

Der Fachbereichsausschuss IV nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.